

Höchste Zeit, Nanomaterialien zu regulieren

Abstract des Vortrags beim Expertengespräch der Landesregierung von Rheinland-Pfalz am 28. November 2012 in Mainz:

Nanomaterialien werden immer breiter in Alltagsprodukten eingesetzt. Damit steigt auch die Wahrscheinlichkeit der Exposition von Umwelt und Verbrauchern. Da Nanomaterialien häufig andere toxikologische Eigenschaften als größere Teilchen gleicher stofflicher Zusammensetzung haben, sollten sie eine eigenständige Risikobewertung durchlaufen, um Risiken für Mensch und Umwelt erkennen und minimieren zu können. Dies ist durch die bisherige Gesetzgebung in den meisten Produktbereichen nicht gewährleistet. Der BUND schlägt daher eine neue horizontale EU-Verordnung vor. Damit sollen insbesondere die Mängel der REACH-Verordnung, als Eckstein der Regulierung von Chemikalien in der EU, hinsichtlich der Kontrolle von Nanomaterialien behoben werden. Außerdem wird eine Stärkung der Marktüberwachung gefordert. Dazu wird die Schaffung eines europäischen Nano-Registers vorgeschlagen, in dem Produkte, die Nanomaterialien enthalten, registriert werden sollen.

Der Vortrag baut auf dem gemeinsamen Konzeptpapier „Höchste Zeit, Nanomaterialien zu regulieren. Ein Vorschlag zur Schließung der Lücken für Nanomaterialien in der EU-Gesetzgebung“ von BUND, CIEL und ClientEarth auf. Das Papier kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/nanotechnologie/121112_bund_nanotechnologie_regulierung_gesetz_esvorschlag.pdf

Kontakt:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Jurek Vengels
Chemikalienpolitik & Nanotechnologie
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: 030/2 75 86-422
jurek.vengels@bund.net

www.bund.net